71. Jahrgang. № 295 Sonntag, 26. Juni 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat Juni 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlg.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Jahresschau
Mittwoch und Donnerstag abends 7 Uhr
Gastspiel Edwin Lindner
Siehe heutiges Inserat!

Erstklassige Reise-Koffer Schrank-Koffer sämtliche Reiseartikel
ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

Drucksachen für Handel und Gewerbe
Schnelle Lieferung :: :: Beste Ausführung
Buchdruckerei Liepsch & Reichardt
Fernsprechnummer 25241 – – Marienstraße Nr. 38/42

Die Krise der Locarno-Politik.

Deutschland am Ende seiner Opferpolitik. — Frankreich muß jetzt „erfüllen".

Frankreich hat jetzt das Wort!

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. Juni. Die außenpolitische Debatte, die gestern im Reichstage zu Ende ging, hat die Feststellung gebracht, daß man sich bei allen Parteien darüber klar ist, daß die Politik, die sich an den Namen des Städtchens Locarno knüpft, [illegible] Gefährdung befindet. Ueberraschenderweise kann man nun aber in der Linkspresse vielfach lesen, daß, abgesehen von den Kommunisten und den übrigen Splitterparteien, die ja genug damit zu tun haben, den Kampf der vielen Richtungen, die sie in sich bergen, auszutragen, alle Parteien sich geschlossen hinter die Locarnopolitik gestellt hätten, und daß dies der große Erfolg der Darlegungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann sei. Einige demokratische Blätter gehen noch ein Stückchen weiter und erklären, daß also die Locarnopolitik so wie bisher fortgesetzt werden würde. Das ist nun, gelinde gesagt, eine kleine

Umdeutung der Tatsachen,

die man nicht widerspruchslos vornehmen lassen darf. Der große Wert der Rede des Außenministers liegt in zwei Punkten, einmal darin, daß er feststellte, daß entweder Locarno- oder Ruhrpolitik von seiten Frankreichs getrieben werden muß, daß es also nicht angeht, unter dem Deckmantel des Namens Locarno die alte Haßpolitik wieder aufleben zu lassen, und dann darin, daß er weiter feststellte, daß die Institution des Völkerbundes erledigt ist, wenn es ihr nicht gelingt, in der Abrüstungsfrage etwas zu erreichen. Damit hat Dr. Stresemann klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß für Frankreich die Verpflichtung besteht, die Politik, die es gegenwärtig betreibt, und die von der Politik der Verständigung sehr weit entfernt ist, einer Aenderung zu unterziehen, damit man wieder dahin gelangt, wo man stand, als die „Sonne von Locarno" aufging. Daß Deutschland nichts heißer erstrebt als eine friedliche Verständigung, um seiner Arbeit leben zu können, hat Dr. Stresemann nachdrücklich betont, und aus dieser Betonung glauben einige Linksblätter den sehr falschen Schluß ziehen zu können, daß Deutschland unter allen Umständen, ganz gleich, ob die Gegenseite auf ihrer Brüskierung des deutschen Verständigungswillens beharrt oder nicht die bisherige Locarnopolitik, die Politik eines einseitigen Opferbringens durch Deutschland, fortsetzen werde. Das ist jedoch ein Trugschluß. In den Kreisen der Regierungsparteien denkt man nicht daran, die Locarnopolitik so aufzufassen. **Hier ist man in voller Uebereinstimmung mit Stresemann der Meinung, daß die Locarnopolitik totkrank daniederliegt,** und daß ihre Genesung nur wird erfolgen können, wenn Frankreich ernstlich darangeht, die Verpflichtungen, die es mit dieser Politik auf sich genommen hat, auch endlich zu erfüllen. Im anderen Falle würde es dahin kommen — und man sollte meinen, daß man auch bei der Linkspresse die recht deutlichen Worte Dr. Stresemanns so aufgefaßt hat, da sie anders gar nicht aufgefaßt werden können —, daß die Locarnopolitik

eines unrühmlichen Todes stirbt.

Davon aber kann keine Rede sein, daß die Regierungsparteien gewillt wären, in der Art von Jämmerlingen nun ein würdeloses Nachlaufen hinter Frankreich zu betreiben. Der Abg. Kaas, der für die Regierungsparteien die Ausführungen des Außenministers nochmals dahin erläuterte, daß das Werk von Locarno zusammenbricht, wenn Frankreich wieder vom Geiste des Hasses gegen Deutschland sich beherrschen läßt, hat erst unlängst in einer Zentrumsversammlung im Rheinlande dargelegt, daß man auch innerhalb des Zentrums nicht mehr daran denke, den Franzosen immer wieder neue Opfer Deutschlands anzubieten, die sie hinnehmen, ohne je an eine Gegenleistung zu denken und daß man es auch beim Zentrum, wenn Frankreich den Pfad der Locarnopolitik verläßt, dann für richtiger halte, **die Besatzung so lange zu ertragen, bis sie an der eigenen inneren Unmöglichkeit zugrunde geht.** Mit seinen Worten, daß einmal der Tag kommen werde, an dem die Kulturnationen mit Schamröte im Gesicht von Frankreich fordern werden, daß es das deutsche Land freigibt, fand Dr. Kaas die laute Zustimmung seiner rheinischen Zuhörer. Die Meinung, die hier der rheinische Zentrumsführer zum Ausdruck brachte, ist auch die der übrigen Regierungsparteien.

Deutschland wird auf keinen Fall die Locarnopolitik als eine Opferpolitik fortsetzen.

Es liegt jetzt an Frankreich, zu entscheiden, ob das Werk von Locarno zusammenbrechen soll oder nicht. Erfüllt es die Zusagen, die es vor nun fast zwei Jahren gegeben hat, so ist die Fortführung der Locarnopolitik gesichert. Erfüllt es diese Zusagen nicht, so wird, wie der Abg. Dr. Kaas in der Erklärung der Regierungsparteien sagte, das Locarnowerk zusammenbrechen, und zwar nicht durch deutsche Schuld.

In dieser Auffassung sind sich die Regierungsparteien einig und diese Auffassung weicht von der gewisser demokratischer Oppositionsblätter, daß Deutschland bedingungslos die Locarnopolitik fortsetzen will, doch ganz erheblich ab.

Der künftige einheitliche Reichsstrafvollzug.

Durch die großangelegten Reichstagsreden des Justizministers Dr. Hergt und des volksparteilichen Abgeordneten Prof. Dr. Kahl ist der Oeffentlichkeit, die bisher der Strafrechtsreform nicht die verdiente Aufmerksamkeit geschenkt hatte, zum Bewußtsein gebracht worden, welch ein bedeutsames und tiefgründiges Kulturwerk ersten Ranges dieses Erzeugnis unserer besten juristischen Köpfe darstellt. Namentlich die Rede Prof. Dr. Kahls war von so überwältigender Wirkung, daß auch der sozialdemokratische Wortführer, der Abgeordnete Landsberg, von ihr mitgerissen wurde und in tiefer Ergriffenheit die „wunderbare Rede" feierte, „in der sich die Weisheit des Alters mit dem Feuereifer der Jugend vereinte", als würdigste Einleitung der Verhandlungen. In gleich sympathischer Weise sprach sich derselbe Abgeordnete auch über die nunmehr mit raschen Schritten ihrer Verwirklichung entgegengehende deutsch-österreichische Rechtsgemeinschaft mit ihrem betont nationalen Untergrunde aus. Möge diese Episode ein gutes Vorzeichen sein für die völlige Ueberwindung der parteipolitischen Anfeindungen der Justiz und für ihre gründliche Wiederbefestigung im Vertrauen des gesamten Volkes durch das Reformwerk!

Der Reichstag hat sich zunächst nur mit dem neuen Strafgesetzbuch beschäftigt, das in seinen leitenden Grundzügen kürzlich an dieser Stelle bereits gewürdigt wurde. Die Strafrechtsreform ist damit aber nicht erschöpft, sondern sie umfaßt in ihrem zweiten nicht minder wesentlichen Teil auch den Strafvollzug. Der hierauf bezügliche Entwurf hat den Reichsrat passiert und ist ebenfalls dem Reichstage schon zugeleitet worden. Damit rückt der Augenblick in greifbare Nähe, wo die seit der Gründung des alten Reiches vergeblich auf dem Gebiete des Strafvollzugs erstrebte Rechtseinheit endlich auch zur Wirklichkeit werden wird. Ein solcher Entwurf war zwar bereits in den 70er Jahren ausgearbeitet worden, aber die Furcht vor den mit der Reform verbundenen Kosten und eine übertriebene Scheu vor den unvermeidlichen Eingriffen in die Justizhoheit der Bundesstaaten hielten die Reichsregierung immer wieder davon ab, die Vorlage dem Reichstage zu unterbreiten. Die grundlegende Revision des Strafrechts litt nun aber kein längeres Zögern, und es konnte kein Zweifel darüber obwalten, daß sie ohne die gleichzeitige Vereinheitlichung des Strafvollzuges nur ein Torso sein würde.

In der Zwischenzeit sind bereits zweimal durch Vereinbarung zwischen Reich und Einzelstaaten allgemeine Grundsätze über den Vollzug gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen aufgestellt worden, zuerst im Jahre 1897 und darauf 1923. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf weicht in vielen Punkten von den bisherigen Methoden der Strafvollstreckung erheblich ab, und zwar, wie rückhaltlos anerkannt werden muß, im Sinne eines zu begrüßenden Fortschrittes, unbeschadet der an Einzelheiten zu übenden Kritik. Zwei große Leitsätze lassen sich in der Vorlage unterscheiden: einmal die Trennung des Strafvollzuges bei Erstbestraften und Rückfälligen und sodann der Strafvollzug in Stufen. Das bisherige Verfahren, Erstbestrafte und Rückfällige miteinander in Verbindung zu bringen, hat zu Verhältnissen geführt, auf Grund deren erfahrene Kriminalisten die Gefängnisse und Zuchthäuser als „Hochschulen des Verbrechens" bezeichnet haben. Der Strafvollzug in Stufen ist eine moderne, aus der amerikanischen Praxis herübergenommene Einrichtung, die darin besteht, daß die Gefangenen bei entsprechender Führung aus der ersten in die zweite und dritte Stufe versetzt werden, wodurch sie gewisse Vergünstigungen bei der Strafverbüßung erlangen, u. a. durch die Erlaubnis zum erleichterten Verkehr mit der Außenwelt, durch die Gewährung von Lektüre und verbesserter Kost. Die stufenweise allmähliche Milderung des regelmäßigen Strafzwanges war bereits in den 1923 vereinbarten Grundsätzen enthalten, aber nur als Kannvorschrift, während sie jetzt in eine Mußvorschrift umgewandelt worden ist. Die Stufe, der die Gefangenen angehören, ist durch die Kleidung oder durch Abzeichen daran kenntlich zu machen. Der stufenweise Strafvollzug wird im Entwurf vorgeschrieben bei solchen Gefangenen, die Zuchthausstrafe von mindestens einem Jahr oder Gefängnisstrafen von mindestens sechs Monaten zu verbüßen haben; bei Jugendlichen ist Voraussetzung für die Anwendung dieser Maßnahme eine Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten. **Genaue Vorschriften regeln den stufenweisen Strafvollzug im einzelnen, so daß Willkürlichkeiten seitens der Leitung der Strafanstalt**

Für Stresemann — gegen Poincaré.

Londoner Anerkennung für Stresemann.

London, 25. Juni. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Stresemanns Reichstagsrede habe insbesondere in dem Teil, der in der Art einer direkten Antwort auf Poincarés Ansprache gehalten ist, einen sehr guten Eindruck in London gemacht. Seine Argumente waren fast durchweg, vom britischen Standpunkt aus gesehen, ebenso einwandfrei im Ton, wie dem Inhalt nach **eine seltene Kombination von Festigkeit und Würde mit** Maß. Seine Logik war ebenso unanfechtbar. Leider können die auf dem Spiele stehenden Streitfragen nicht durch oratorische Wettbewerbe geregelt werden. Bemerkenswert ist die außerordentliche Bedeutung, die der Rede von Lunéville sofort von der amerikanischen öffentlichen Meinung beigemessen wurde.

Scharfe Sprache in Rom gegen Poincaré.

Rom, 24. Juni. Wenn die italienische Presse es bisher versäumt hatte, zur Luneviller Hetzrede Stellung zu nehmen, so holt sie es jetzt unter dem Eindruck der deutschen Antwort nach, wobei Poincaré den kürzeren zieht. Die „Tribuna" geht mit Poincaré scharf ins Gericht, sie ruft ihm insbesondere die Tatsache ins Gedächtnis, daß der Krieg nicht allein von Frankreich geführt wurde, und daß am Versailler Vertrag sämtliche Alliierte beteiligt sind, so daß Frankreich kein Recht habe, bei einer vermeintlichen Verfehlung Deutschlands auf eigene Faust vorzugehen. Das gelte nun in vermehrtem Maße auch für Locarno, da England und Italien Garanten sind. Der Leitartikel der Tribuna verwirft die Anklagen Poincarés und weist seine Auffassung, wonach die Auflösung der deutschen militärischen Verbände gefordert werden könne, als kindisch und als absurde und unerträgliche Einmischung in das innere Leben Deutschlands zurück.

Auf der Suche nach neuen Verhandlungsmöglichkeiten.

Nach dem Abschluß der parlamentarischen Debatte über die Außenpolitik ist es die nächste Aufgabe des Auswärtigen Amtes, die diplomatischen Bemühungen fortzusetzen, die bereits vor der Genfer Tagung im Gange waren, und die die Erfüllung der deutschen Rechtsansprüche in der Rheinlandfrage zum Ziele haben. In Genf hat zwar Chamberlain anscheinend irgendeine vage Zusage für die Reduzierung der Besatzungstruppen gegeben, aber das ist mehr als wenig. Da nun der Botschafter von Hoesch ernstlich krank und die französische Kammerdebatte über die auswärtige Politik über die Sommerferien verschoben und da auch Briand noch krank ist, scheint man an Auswege wie den zu denken, daß Besprechungen von nichtbeamteten Politikern mit den maßgebenden Stellen in Paris und London versucht werden. Bestimmte Entschließungen darüber sind jedoch noch nicht gefaßt worden.

Eine Pariser Stimme für Rheinlandräumung.

Paris, 25. Juni. Das Blatt Caillaux', die „Volonté", ergreift heute in einer Besprechung der Rede Stresemanns energisch Partei **für die Rheinlandräumung**. Die Besetzung des Rheinlandes stehe jeder praktischen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich im Wege. Beide Länder müßten sich in den Verhandlungen über eine Zusammenarbeit als gleichberechtigter Partner gegenüberstehen. Wer diesen Grundsatz ablehne, lehne auch die Politik von Locarno ab und versperre den Weg zum Frieden. Deutschland sei, trotz der Enttäuschungen, die es in den letzten Monaten erlebt habe, der Politik von Locarno treu geblieben. Es schlage jede kriegerische Absicht nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen Polen aus. In vollem Einverständnis mit seinen Ministerkollegen habe Stresemann **jeden Revanchegedanken ohne Vorbedingung abgelehnt.**

SLUB
Wir führen Wissen.